

ZWISCHEN- MITTEILUNG

PER 31. MÄRZ 2015

ZWISCHENMITTEILUNG ZUM 31. MÄRZ 2015

Die Zwischenmitteilung umfasst den Zeitraum vom Beginn des Geschäftsjahres am 1. Jänner 2015 bis zum 31. März 2015.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden vom 31. Dezember 2014 wurden unverändert angewendet; hierzu wird auf den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2014 verwiesen.

Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Geschäftsverlauf

Die Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) ist das Mutterunternehmen von im In- und Ausland agierenden Tochtergesellschaften und befindet sich seit ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und somit Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde liegen. Die ÖVAG ist eine Abbaubank, die so gut wie ihr gesamtes Eigengeschäft im In- und Ausland einstellen oder verkaufen muss.

2012 wurde auch die Umgestaltung des Volksbank-Sektors in einen Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG (gemeinsamer Haftungs- und Liquiditätsverbund) beschlossen: Seit 18. September 2012 bilden die Banken der Primärstufe und die ÖVAG nun den Volksbanken-Verbund mit der ÖVAG als Zentralorganisation. In diesem Verbund sind die Aufgaben der ÖVAG klar geregelt: Als Zentralorganisation übernimmt sie weitreichende Steuerungs- und Lenkungenfunktionen und ist u.a. auch für das verbundweite Risiko- und Liquiditätsmanagement zuständig. In ihrer Geschäftstätigkeit beschränkt sie sich nur mehr auf die Bereitstellung und Vermittlung von Produkten und Dienstleistungen für die Volksbanken und deren Kunden.

Am 2. Oktober 2014 hat der Vorstand, vorbehaltlich behördlicher, aufsichtsrechtlicher und gremialer Genehmigungen, den Grundsatzbeschluss gefasst, die Strukturen der ÖVAG neu zu ordnen. Das Spitzeninstitut ÖVAG soll geteilt werden. Jene Aufgaben, die die ÖVAG aufgrund gesetzlicher Vorgaben als Zentralorganisation des Volksbanken-Haftungsverbunds erfüllt, sollen an eine große regionale Volksbank übertragen werden. Ebenfalls übertragen werden Servicefunktionen, die die ÖVAG dem Volksbank-Sektor zur Verfügung stellt und die für den ordnungsgemäßen Bankbetrieb notwendig sind. Ziel der Abbaueinheit in der ÖVAG ist es, den Abbauprozess, der seit zwei Jahren erfolgreich läuft, zügig fortzusetzen, die Verbindlichkeiten der Gläubiger planmäßig bei Fälligkeit zu bedienen und damit die ÖVAG final abzuwickeln. Die Teilung der ÖVAG wird für das erste Halbjahr 2015 angestrebt. Danach soll die ÖVAG aus dem Haftungsverbund ausscheiden. Die außerordentliche Hauptversammlung der ÖVAG hat am 23. Dezember 2014 einen Grundsatzbeschluss zur Änderung des Geschäftsmodells mit dem Ziel der Schaffung einer Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG gefasst und somit dem vom Vorstand eingeschlagenen Weg zugestimmt.

Auf der Hauptversammlung am 28. Mai 2015 soll der Spaltungs- und Übernahmevertrag genehmigt und damit die Umsetzung der genannten Maßnahmen beschlossen werden. Die Beschlussfassung sieht die Abspaltung zur Aufnahme des Zentralorganisation- und Zentralinstitut-Funktion Teilbetriebs der ÖVAG als übertragende Gesellschaft auf die Volksbank Wien-Baden als übernehmende Gesellschaft vor. Die Übertragung wird rückwirkend auf Grundlage der Schlussbilanz zum 31. Dezember 2014 zum Spaltungsstichtag 31. Dezember 2014 unter Fortbestand der übertragenden Gesellschaft gegen Gewährung von Aktien erfolgen. Gleichzeitig soll die Herabsetzung des Grundkapitals sowie verschiedener Partizipationskapitalien zur Verlustdeckung beschlossen werden.

Am 12. Februar 2015 hat die Rating Agentur Fitch das Long-term Issuer Default Rating der ÖVAG von BBB– auf B herabgestuft. Als Grund werden die Erwartung, dass nicht länger auf die Unterstützung seitens der Republik Österreich abgestellt werden kann, und das erhöhte Risiko, dass die Fremdkapitalgeber aufgrund der Anwendung des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) an Verlusten beteiligt werden können (bail-in), genannt. Der Ausblick bleibt negativ.

Abbaumaßnahmen

Nachdem der Mitte 2013 gestartete Prozess für den Verkauf der gesamten VB Leasing International Gruppe zu keinem Ergebnis gekommen ist, wurde der Verkaufsprozess für vier Landesgesellschaften (Polen, Tschechien, Slowakei, Rumänien) gestartet. Die Landesgesellschaften in Polen, Rumänien und Tschechien konnten im Geschäftsjahr 2014 verkauft werden. Für die Landesgesellschaft in der Slowakei liegt aktuell ein Angebot vor. Hierüber konnte im April 2015 mit dem Käufer eine Exklusivitätsvereinbarung abgeschlossen werden. Derzeit laufen die Verhandlungen über die Ausgestaltung des Kaufvertrages und die genauen Bedingungen. Für die restlichen Landesgesellschaften in Serbien, Slowenien, Bosnien und Kroatien liegt ebenfalls ein Angebot vor, das zur Zeit evaluiert wird.

Für den Verkauf der Volksbank Romania S.A. erhielt im April 2014 eine Investmentbank das Mandat zur Unterstützung des Verkaufsprozesses. Gemeinsam mit den Miteigentümern konnte die ÖVAG am 10. Dezember 2014 den Kaufvertrag mit der rumänischen Banca Transilvania unterzeichnen. Am 17. März 2015 hatten die Rumänischen Nationalbank und die Wettbewerbsbehörde die Transaktion genehmigt, sodass am 7. April 2015 das Closing erfolgen konnte.

Die Verkaufsprozesse für die Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. und ihre Tochtergesellschaft Immo Kapitalanlage AG sowie die VB Factoring Bank AG wurden gestartet und Datenräume eingerichtet. Teilweise laufen noch die Due Dilligence Prüfungen der potentiellen Käufer. Zur Zeit wurden noch keine weitergehenden Verhandlungen mit Interessenten gestartet.

Wirtschaftliches Umfeld

Das Bruttoinlandsprodukt ist in Österreich im ersten Quartal 2015 kaum gewachsen. Laut Schnellschätzung des WIFO ist die Wirtschaftsleistung lediglich um saisonbereinigte 0,1 % Q/Q und 0,4 % J/J gestiegen. Mäßig positive Wachstumsbeiträge kamen vom staatlichen und privaten Konsum, die im Vergleich zum Vorquartal um 0,1 % bzw. 0,3 % gewachsen sind. Die Investitionen waren hingegen mit –0,6 % Q/Q rückläufig. Der Außenhandel hat sich im ersten Quartal etwas belebt. Allerdings sind die Importe mit 0,8 % Q/Q stärker gestiegen als die Exporte (+0,7 % Q/Q), sodass die Nettoexporte keinen Wachstumsbeitrag liefern konnte. In der Eurozone deuteten die meisten Hochfrequenzindikatoren auf eine weitere moderate konjunkturelle Erholung im ersten Quartal hin. So ist die Industrieproduktion in den beiden ersten Monaten des Jahres im Jahresvergleich erkennbar gestiegen. Die Einzelhandelsumsätze lagen in den ersten drei Monaten des Jahres um durchschnittlich 2,4 % über den Vergleichswerten des Vorjahrs. Die Früh- und Stimmungsindikatoren zeigten sich tendenziell ebenfalls leicht verbessert.

Die Teuerung lag in Österreich seit Jahresbeginn deutlich über der in der Eurozone insgesamt. Nach EU-Berechnungsmethode betrug die Inflationsrate im Jänner 0,5 % (nationale Methode: 0,7 %), im Februar 0,5 % (nationale Methode: 0,8 %) und im März 0,9 % (nationale Methode: 1,0 %). Damit gehörte Österreich zu den Ländern mit den höchsten Inflationsraten in der Eurozone. In den meisten Mitgliedsstaaten sowie der Eurozone insgesamt waren die Inflationsraten in allen drei Quartalsmonaten negativ. Im europäischen Vergleich zwar immer noch sehr niedrig, für österreichische Verhältnisse aber ungewöhnlich hoch blieb die Arbeitslosenrate, die nach internationaler Definition von 5,4 % im Jänner und Februar auf 5,6 % im März 2015 angestiegen ist.

Die Europäische Zentralbank hat den Hauptrefinanzierungssatz im ersten Quartal unverändert bei 0,05 % belassen. Bei den Geldmarktzinsen war ein moderater Abwärtstrend zu beobachten, der Dreimonatssatz nahm im Quartalsverlauf um 6 Basispunkte auf 0,02 % ab. Unterstützt von dem im Jänner beschlossenen und im März begonnenen Anleihenkaufprogramm der Europäischen Zentralbank profitieren auch die Kurse der österreichischen Staatsanleihen. Die Rendite im zehnjährigen Laufzeitbereich, die zu Jahresende noch bei 0,64 % gelegen war, sank um 22 Basispunkte auf 0,32 % zu Quartalsende.

Konzernergebnis für das erste Quartal 2015

Das ÖVAG Konzernergebnis vor Steuern beträgt EUR –9 Mio. Das Konzernergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen liegt bei EUR –2 Mio.

Der Zinsüberschuss für das erste Quartal 2015 beläuft sich auf EUR 32 Mio. und liegt damit um EUR 19 Mio. unter dem Ergebnis der Vergleichsperiode (Q1/2014: EUR 50 Mio.). Der Rückgang des Zinsergebnisses ist insbesondere auf die aufgrund des Verkaufs in 2014 fehlenden Zinsüberschüsse von ehemaligen Tochterunternehmen zurückzuführen.

Der Provisionsüberschuss beträgt in der Berichtsperiode EUR 4 Mio. und ging im Vergleich zur Vorperiode (Q1/2014: EUR 5 Mio.) um EUR 1 Mio. zurück.

Im Handelsergebnis ist im Vergleich zur Vorperiode (Q1/2014: EUR –12 Mio.) ein Anstieg zu verzeichnen. Das Handelsergebnis beträgt im ersten Quartal 2015 EUR –2 Mio.; der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere bei den zinsbezogenen Geschäften zu verzeichnen und steht im Zusammenhang mit Restrukturierungen von Sicherungsgeschäften. Dies diente der Optimierung des Hedge Accounting, was zu einer Entlastung des Handelsergebnisses führte.

Der Verwaltungsaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr mit EUR 59 Mio. (Q1/2014: EUR 64 Mio.) zurück gegangen. Der Personalstand verringerte sich gegenüber dem Ultimo 2014 um 49 Mitarbeiter und beträgt nun 1.268 Mitarbeiter. Davon sind 280 nicht in Österreich beschäftigt.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich für das erste Quartal 2015 auf EUR 3 Mio. (Q1/2014: EUR –3 Mio.). Im ersten Quartal erfolgte eine Anpassung der Bewertung der Rückzahlungsverpflichtung für die von der Republik Österreich am 15. März 2013 abgegebene Asset-Garantie (Ausfallsbürgschaft), die das sonstige betriebliche Ergebnis mit EUR –6 Mio. belastete (Q1/2014: kein Ergebnis). Weiterer Bestandteil war die Bankenabgabe mit EUR –5 Mio. (Q1/2014: EUR –16 Mio.). Aus der Entkonsolidierung von zwei Konzerngesellschaften im Segment Non-core Business wird im ersten Quartal 2015 ein Ertrag von EUR 4 Mio. erfasst.

In der Risikovorsorge wird für das erste Quartal 2015 ein Ertrag von EUR 2 Mio. erfasst. Im Vergleich zum Vorjahreswert von EUR –11 Mio. ist das ein Rückgang von EUR 13 Mio. Aufgrund des Abbaus der Non-core Kreditbestände im Zusammenhang mit der Restrukturierung war für die Berichtsperiode ein geringerer Wertberichtigungsbedarf als in der Vergleichsperiode notwendig bzw. konnten gebildete Risikovorsorgen aufgelöst werden.

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen beträgt für den Berichtszeitraum EUR 11 Mio. und liegt damit um EUR 35 Mio. über der Vergleichsperiode (Q1/2014: EUR –24 Mio.). Neben den positiven Bewertungen von Währungsderivaten gab es auch einen Ertrag aus der Bewertung von Garantien für kapitalgarantierte Fonds. Geringere Bewertungsverluste aus Beteiligungen und investment property Vermögenswerte im Segment Non-core Business sowie aus Forderungsverkäufen tragen ebenfalls zum Anstieg des Ergebnisses bei.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde der Umfang der at equity bewerteten Unternehmen erweitert. Daher stieg auch in der Berichtsperiode das Ergebnis aus Unternehmen, bewertet at equity, um EUR 2 Mio. auf EUR 2 Mio. im Vergleich zum Vorjahr an. Die VB Romania S.A. (VBRO) wird aufgrund des am 10. Dezember 2014 unterschriebenen Kaufvertrages über den Verkauf der gesamten Anteile in das Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches umgliedert. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Mit der Klassifizierung als aufgebener Geschäftsbereich ist die Bewertung at equity für die VBRO zu beenden und es erfolgt eine Bewertung gem. IFRS 5. Da die VBRO bereits zum 31. Dezember 2014 mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet wurde und es im ersten Quartal 2015 keine Veränderung des Zeitwertes gegeben hat, wurde kein Ergebnis in der Gewinn- und Verlustrechnung und im sonstigen Ergebnis erfasst.

Aufgrund der mangelnden Verwertbarkeit in den nächsten vier Jahren wurden in der ÖVAG keine aktiven latenten Steuern auf den steuerlichen Verlust im ersten Quartal 2015 angesetzt. Latente Steuererträge auf Bewertungsunterschiede im Bereich Derivate- und Wertpapierbewertung wurden in dem Ausmaß erfasst, in dem latente Steuerschulden aus anderen Bewertungsunterschieden entstanden sind.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. März 2015 EUR 14,8 Mrd. und hat sich im Vergleich zum Ultimo 2014 (EUR 15,1 Mrd.) abbaubedingt um EUR 0,3 Mrd. verringert.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 3,8 Mrd. sind im Vergleich zum Ultimo der Vorperiode (EUR 3,8 Mrd.) gleich geblieben.

Die Forderungen an Kunden betragen per 31. März 2015 EUR 4,1 Mrd. und sind im Vergleich zum Ultimo (31.12.2014: EUR 4,1 Mrd.) ebenfalls stabil geblieben.

Die Finanzinvestitionen konnten durch Verkäufe und Tilgungen um EUR 0,1 Mrd. auf EUR 2,7 Mrd. im Vergleich zum Ultimo 2014 (EUR 2,8 Mrd.) leicht vermindert werden.

In den Vermögenswerten, die zur Veräußerung bestimmt sind, sind unter anderem Kredite und investment property Vermögenswerte erfasst, deren Verkauf zum 31. März 2015 vertraglich fixiert bzw. höchstwahrscheinlich ist. Hier ist auch der Buchwert der at equity bewerteten Beteiligung an der VB Romania S.A. ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Ultimo 2014 (EUR 6,2 Mrd.) um EUR 0,1 Mrd. auf EUR 6,0 Mrd. gesunken.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von EUR 1,8 Mrd. sind im Vergleich zum Ultimo 2014 (EUR 1,8 Mrd.) gleich geblieben.

Die verbrieften Verbindlichkeiten betragen zum 31. März 2015 EUR 3,2 Mrd. und sind somit im Vergleich zum 31. Dezember 2014 (EUR 3,3 Mrd.) leicht um EUR 0,1 Mrd. zurückgegangen.

Das Eigenkapital ist im Vergleich zum Vorjahresultimo aufgrund der positiven Entwicklung der available for sale Rücklage leicht gestiegen und beträgt EUR 0,7 Mrd.

Die bankrechtlichen Eigenmittel der VB Holding eGen Kreditinstitutsgruppe betragen zum 31. März 2015 EUR 1,3 Mrd. (31.12.2014: EUR 1,2 Mrd.). Der Gesamtrisikobetrag der VB Holding eGen Kreditinstitutsgruppe belief sich per 31. März 2015 auf EUR 8,3 Mrd. (31.12.2014: EUR 8,7 Mrd.).

Die harte Kernkapitalquote bezogen auf das Gesamtrisiko beträgt 8,8 % (31.12.2014: 6,2 %), die Kernkapitalquote 9,2 % (31.12.2014: 6,2 %). Die Eigenmittelquote beläuft sich auf 16,0 % (31.12.2014: 14,2 %).

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Wirtschaftliches Umfeld

Die Europäische Kommission rechnet in ihrer Anfang Mai veröffentlichten Frühjahrsprognose mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 0,8 % im Jahr 2015. Damit ist die Europäische Kommission etwas optimistischer als das WIFO, das in seiner im März veröffentlichten Konjunkturprognose für das laufende Jahr ein Wachstum von lediglich 0,5 % erwartet hat.

Die Europäische Kommission geht davon aus, dass Österreichs Wirtschaft erst im Verlauf des Jahres an Schwung gewinnen wird. Gesteigerte internationale Nachfrage sollte dem gut in die internationale Wertschöpfungskette integrierten Exportsektor Impulse verleihen, sodass im laufenden Jahr ein positiver Wachstumsbeitrag des Außenhandels zu erwarten ist. Fallende Inflation und ein stabiler Arbeitsmarkt sollten zudem den privaten Konsum, der für den bei weitem größten Teil des österreichischen Bruttoinlandsprodukts steht, unterstützen. Der Zuwachs wird mit 0,6 % allerdings gering bleiben. Getrieben vom verbesserten Ausblick, vor allem des Exportsektors, sollten nach den schwachen Vorjahren auch die Investitionen wieder stärker zunehmen. Trotz der weiteren Budgetkonsolidierung – die Europäische Kommission erwartet einen Rückgang des Budgetdefizits auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts – sollten heuer auch vom staatlichen Konsum vermehrte Wachstumsimpulse kommen.

Der Arbeitsmarkt sollte im laufenden Jahr stabil bleiben, das Wirtschaftswachstum allerdings nicht stark genug sein, um die nur im europäischen Vergleich niedrige Arbeitslosenrate zu senken. Die Inflationsrate sollte sich heuer, dem europäischen Trend folgend, rückläufig entwickeln. Mit einer geschätzten Jahresteuerung von 0,8 % soll Österreich aber auch heuer zu den Eurozonenländern mit den höchsten Inflationsraten gehören.

Zu den Risikofaktoren, die das skizzierte Bild eines sich langsam entfaltenden moderaten Aufschwungs stören können, zählen beispielsweise die noch immer erhöhten geopolitischen Risiken und die ausstehende Einigung über die griechische Staatsfinanzierung.

Geschäftsentwicklung

Allgemein

Aufgrund der Verlustsituation im Geschäftsjahr 2011 erfolgte gemeinsam mit den Eigentümern und der Republik Österreich eine Stabilisierung der ÖVAG im Wesentlichen durch eine Kapitalerhöhung sowie die Bildung eines Haftungsverbundes (Volksbanken-Kreditinstituteverbund gemäß § 30a BWG). Der von der Europäischen Kommission genehmigte Restrukturierungsplan sieht den Abbau wesentlicher Teile des in- und ausländischen Kreditportfolios (ausgenommen im Wesentlichen das Konsortialgeschäft mit den Volksbanken), wesentlicher Teile des Bankbuchs und die Abgabe von Beteiligungen, wie etwa der VB Romania S.A. oder der VB-Leasing International Holding GmbH, vor.

Diese Vorgaben der Europäischen Kommission wurden zügig und konsequent umgesetzt. Dementsprechend wurde die Bilanzsumme des ÖVAG Konzerns von EUR 41,1 Mrd. per 31. Dezember 2011 auf EUR 14,8 Mrd. per 31. März 2015 vermindert.

Darüber hinaus hat der Vorstand der ÖVAG eine Reihe von Maßnahmen initiiert, um die Kapitalbasis der ÖVAG auf Einzelinstituts- und Konzernebene und damit Kraft ihrer Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG auch die des Volksbanken-Verbundes zu stärken. Hier sei insbesondere erwähnt:

- der Umtausch respektive Rückkauf von Ergänzungs-, Hybrid- und Nachrangkapital, jeweils nach Zustimmung der Aufsicht und der Europäischen Kommission, mit einem Effekt auf das Common Equity Tier 1 (CET1) in Höhe von mehr als EUR 350 Mio.,
- die Einführung einer Sockelbetragslösung von 95 % für Genossenschaftskapital, mit der dessen Phasing-out unterbunden werden konnte und damit CET1 im Ausmaß von mehr als EUR 110 Mio. für den Verbund gesichert wurde,
- die Anpassungen der Emissionsbedingungen diverser Tier I- und Tier II-Kapitalien, deren Basel III Tauglichkeit damit sichergestellt wurde und somit als Eigenmittel im Verbund in Höhe von mehr als EUR 100 Mio. erhalten blieben,
- verschiedene RWA-Reduktionsmaßnahmen,
- die Umsetzung substanzieller Abbaumaßnahmen, als deren Resultat die Risikolage der ÖVAG (auf Einzelinstituts- und Konzernebene) und somit indirekt auch jene des Verbundes deutlich verbessert werden konnte,
- die substantielle Verbesserung der Qualität und Aussagekraft des Risikomanagements.

Dennoch hat der Vorstand der ÖVAG bereits im Jahresabschluss 2013 darauf hingewiesen, dass er aufgrund steigender Kapitalanforderungen seitens der Aufsichtsbehörden und des gleichzeitigen Verlusts von Kapitalbestandteilen wegen des Phasing-outs im Rahmen des Basel III Regimes mittelfristig Gefahren für die Unternehmensfortführung der ÖVAG und des Verbundes sieht.

Ergebnis des Comprehensive Assessments und Kapitalplan

Im Vorfeld der Übernahme der Aufsichtssachen über 130 europäische Kreditinstitute hat die Europäische Zentralbank (EZB) diese Banken im Jahr 2014 einem Asset Quality Review sowie nachgelagerten umfangreichen Stresstests ("Comprehensive Assessment") unterworfen. Der österreichische Volksbanken-Verbund und damit auch der ÖVAG Konzern unterlagen als eine von sechs österreichischen Institutsgruppen ebenfalls diesem Assessment. Die von der EZB für den Volksbanken-Verbund errechnete aggregierte Kapitalunterdeckung auf Basis der Verhältnisse 2013 beträgt EUR 865 Mio. In diesem Stresstest, der auf den Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 aufbaute, wurden jedoch die bereits durchgeführten Abbaumaßnahmen des Jahres 2014, die bereits erfolgte Bildung von Wertberichtigungen, sowie die vom Vorstand am 2. Oktober 2014 vorgestellte Neuordnung des Volksbanken-Verbundes nicht berücksichtigt, da diese Maßnahmen erst nach dem Prüfungsstichtag für das Comprehensive Assessment (31. Dezember 2013) erfolgt sind. Da der Asset Quality Review auf aufsichtsrechtlichen Vorgaben seitens der EZB basierte, die nicht deckungsgleich mit den IFRS Normen sind, hatten die von der EZB ausgesprochenen Empfehlungen zum Umgang mit Abweichungen aus dem Asset Quality Review für den Konzern keine unmittelbare Auswirkung auf die Bilanzierung.

Zur Darstellung der geplanten Maßnahmen zur Abdeckung der Kapitalunterdeckung aus dem Comprehensive Assessment wurde am 10. November 2014 ein Kapitalplan an die EZB übermittelt.

Zentrales Element dieses Kapitalplanes ist die Neuordnung des Volksbanken-Verbundes und die damit verbundene Neustrukturierung der ÖVAG:

Der Vorstand hat, vorbehaltlich behördlicher, aufsichtsrechtlicher und gremialer Genehmigungen, den Grundsatzbeschluss gefasst, die Strukturen der ÖVAG neu zu ordnen. Das Spitzeninstitut ÖVAG soll geteilt werden. Jene Aufgaben, die die ÖVAG aufgrund gesetzlicher Vorgaben als Zentralorganisation des Volksbanken-Haftungsverbundes erfüllt, sollen an die Volksbank Wien-Baden AG übertragen werden. Ebenfalls übertragen werden Servicefunktionen, die die ÖVAG dem Volksbanken Verbund zur Verfügung stellt und die

für den ordnungsgemäßen Bankbetrieb notwendig sind. Ziel der Abbaueinheit in der ÖVAG ist es den Abbauprozess, der seit 2012 erfolgreich läuft, zügig fortzusetzen, die Verbindlichkeiten der Gläubiger planmäßig bei Fälligkeit zu bedienen und damit die ÖVAG final abzuwickeln. Die Teilung der ÖVAG ist für Anfang Juli 2015 vorgesehen. Danach soll die ÖVAG aus dem Haftungsverbund ausscheiden.

Neben dieser Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes und der ÖVAG sind im Wesentlichen nachfolgende Maßnahmen im Kapitalplan enthalten:

- weiterer Abbau des Non-Core Portfolios,
- Verkauf von RWA-verursachenden Wertpapieren,
- Umsetzung einer Verbriefungstransaktion,
- Realisierung stiller Reserven aus Immobilien sowie
- weitere RWA-Reduktionsmaßnahmen.

Diese Maßnahmen befinden sich derzeit in Umsetzung und sollen weitgehend bis Ende Juni 2015 abgeschlossen sein.

JRAD Beschluss

Auf Basis der von der EZB errechneten Kapitallücke ergibt sich gemäß dem der ÖVAG übermittelten Beschluss, dass der ÖVAG in ihrer aktuellen Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes ab 26. Juli 2015 eine SREP-Quote von 14,63 % CET1 auf konsolidierter Basis für den Volksbanken-Verbund vorgeschrieben wird. Die aktuelle Vorschau zeigt, dass diese Quote in der derzeitigen Struktur nicht erreicht werden wird. Die geplanten Maßnahmen, insbesondere die Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG und die damit verbundene Spaltung der Zentralorganisationsfunktionen in die Volksbank Wien-Baden, sollen dazu dienen, die Risikostruktur des neuen Verbundes wesentlich zu verbessern. Der Vorstand geht davon aus, dass für diesen neuen Verbund die aktuell vorgesehenen CET1-Quoten nicht mehr den Risikogehalt des Verbundes widerspiegeln und geht daher davon aus, dass sich die im Beschluss vorgeschriebene Quote deutlich verringert und damit eine Erfüllbarkeit der Kapitalanforderungen gegeben ist. Im Beschluss der EZB wird dazu festgehalten, dass die ÖVAG vor dem 26. Juli 2015 feststellt, dass die Restrukturierung erfolgreich durchgeführt wurde, die EZB prüfen wird, wie sie die derzeitige SREP-Quote ändern kann.

Zur Umsetzung der geplanten Spaltung und Herstellung der Abbaugesellschaft wurde ein umfangreiches Transformationsprojekt aufgesetzt, das im Wesentlichen mit der Spaltung im Juli 2015 abgeschlossen sein soll. Mit einem derartigen Projekt sind naturgemäß zahlreiche Risiken und Unsicherheiten insbesondere auch in Zusammenhang mit behördlichen, aufsichtsrechtlichen und gremialen Genehmigungen verbunden, die eine Umsetzung verhindern können. Weiters bestehen zahlreiche Rechtsunsicherheiten ua. aufgrund neuer europäischer und nationaler gesetzlicher Rahmenbedingungen, wie dem Mechanismus zur Bankenabwicklung („SRM“) und dem Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken („BaSAG“). Der Vorstand geht jedoch derzeit davon aus, dass die Umsetzung der Maßnahmen im Kapitalplan, insbesondere die Neustrukturierung des Verbundes, herausfordernd, aber machbar ist. Weiters werden intensive Anstrengungen unternommen, damit die erforderlichen Genehmigungen der jeweiligen Behörden erteilt werden können. Aufgrund der wesentlichen Umstrukturierung und des stark veränderten Risikoprofils des neuen Verbundes geht der Vorstand davon aus, dass die vorgeschriebene SREP-Quote neu ermittelt wird und dann im neu strukturierten Verbund eingehalten werden kann.

Abbauportfolio

Neben den mit dem Transformationsprojekt verbundenen Risiken bestehen Risiken aus dem noch verbleibenden Abbau. Die nationale und internationale Erfahrung zeigt, dass solche Abbauprozesse oft mit höheren Aufwendungen verbunden sind als dies ex ante erkennbar war. Dieser Unsicherheit ist auch die ÖVAG in ihrem Abbausegment ausgesetzt. Der Vorstand weist insbesondere auf die Risiken aufgrund der wesentlich verschlechterten Lage in Osteuropa und hier insbesondere in Russland hin. Die ÖVAG ist hier mit der Refinanzierung der Sberbank Europe AG und durch die Beteiligung an der Raiffeisen Bank International AG (über die Anteile an der Raiffeisen Zentral Bank Österreich AG) indirekt investiert. Weiters verfügt die ÖVAG über ein substantielles Immobilienportfolio in Österreich sowie in Zentral- und Osteuropa. Bei einem Verkauf von Teilen dieses Portfolios können neben Kreditrisiken zusätzlich auch Bewertungsabschläge schlagend werden.

Wien, 12. Mai 2015

Der Vorstand

Gesamtergebnisrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	1-3/2015	angepasst	Veränderung	
	EUR Tsd.	1-3/2014 EUR Tsd.	EUR Tsd.	%
Zinsen und ähnliche Erträge	82.403	148.385	-65.982	-44,47 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-50.804	-98.141	47.337	-48,23 %
Zinsüberschuss	31.599	50.244	-18.646	-37,11 %
Risikovorsorge	1.858	-11.004	12.862	-116,89 %
Provisionserträge	14.861	16.002	-1.141	-7,13 %
Provisionsaufwendungen	-10.767	-10.897	130	-1,19 %
Provisionsüberschuss	4.094	5.105	-1.011	-19,80 %
Handelsergebnis	-2.490	-12.019	9.530	-79,29 %
Verwaltungsaufwand	-58.797	-64.383	5.586	-8,68 %
Restrukturierungsaufwand	-364	0	-364	100,00 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	2.833	-3.422	6.254	-182,78 %
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	11.138	-24.274	35.412	-145,88 %
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	1.511	-71	1.582	< -200,00 %
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	0	0	0	0,00 %
Periodenergebnis vor Steuern	-8.618	-59.824	51.206	-85,59 %
Steuern vom Einkommen	6.547	2.899	3.648	125,83 %
Periodenergebnis nach Steuern	-2.071	-56.925	54.854	-96,36 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Periodenergebnis (Konzernperiodenergebnis)	-2.172	-60.526	58.354	-96,41 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich	-2.172	-60.526	58.354	-96,41 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	0	0,00 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Periodenergebnis (Fremdanteile am Periodenergebnis)	101	3.601	-3.500	-97,20 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich	101	3.601	-3.500	-97,20 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	0	0,00 %
Sonstiges Ergebnis				
	1-3/2015	angepasst	Veränderung	
	EUR Tsd.	1-3/2014 EUR Tsd.	EUR Tsd.	%
Periodenergebnis nach Steuern	-2.071	-56.925	54.854	-96,36 %
Sonstiges Ergebnis				
Posten, bei denen keine Umgliederung in das Periodenergebnis möglich ist				
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)	0	0	0	-100,00 %
Latente Steuern auf Neubewertung IAS 19	0	0	0	0,00 %
Summe der Posten, bei denen keine Umgliederung in das Periodenergebnis möglich ist	0	0	0	-100,00 %
Posten, bei denen eine Umgliederung in das Periodenergebnis möglich ist				
Währungsrücklage	248	-351	598	-170,70 %
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)				
Fair value Änderung	11.711	16.135	-4.424	-27,42 %
Umbuchung in Gewinn- und Verlustrechnung	-1.354	140	-1.494	< -200,00 %
Hedging Rücklage (inklusive latenter Steuern)				
Fair value Änderung (effektiver hedge)	-154	-191	37	-19,25 %
Umbuchung in Gewinn- und Verlustrechnung	127	170	-44	-25,79 %
Veränderungen latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage	0	818	-818	-100,00 %
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity	784	0	784	100,00 %
Summe der Posten, bei denen eine Umgliederung in das Periodenergebnis möglich ist	11.361	16.722	-5.361	-32,06 %
Summe sonstiges Ergebnis	11.361	16.722	-5.361	-32,06 %
Gesamtergebnis	9.290	-40.203	49.493	-123,11 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Gesamtergebnis	9.166	-43.652	52.818	-121,00 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich	9.166	-43.652	52.818	-121,00 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	0	-100,00 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Gesamtergebnis	124	3.449	-3.325	-96,39 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich	124	3.449	-3.325	-96,39 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	0	0,00 %

Die Vergleichswerte 2014 wurden gemäß IFRS 5 angepasst.

Bilanz zum 31. März 2015

	31.03.2015 EUR Tsd.	31.12.2014 EUR Tsd.	Veränderung	
			EUR Tsd.	%
Aktiva				
Barreserve	892.922	1.351.246	-458.324	-33,92 %
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	3.843.189	3.812.548	30.640	0,80 %
Forderungen an Kunden (brutto)	4.081.898	4.134.053	-52.155	-1,26 %
Risikovorsorge (-)	-401.671	-410.128	8.457	-2,06 %
Handelsaktiva	1.593.385	1.650.358	-56.973	-3,45 %
Finanzinvestitionen	2.738.554	2.802.099	-63.546	-2,27 %
Investment property Vermögenswerte	154.892	208.326	-53.434	-25,65 %
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	72.856	70.560	2.296	3,25 %
Anteile und Beteiligungen	228.451	227.451	1.000	0,44 %
Immaterielles Anlagevermögen	10.860	10.565	294	2,79 %
Sachanlagen	107.572	110.279	-2.707	-2,46 %
Ertragsteueransprüche	26.042	32.498	-6.456	-19,87 %
laufende Ertragsteueransprüche	17.938	20.893	-2.955	-14,15 %
latente Ertragsteueransprüche	8.104	11.605	-3.501	-30,17 %
Sonstige Aktiva	1.021.553	737.437	284.115	38,53 %
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	418.328	388.029	30.298	7,81 %
Summe Aktiva	14.788.830	15.125.323	-336.493	-2,22 %
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.046.380	6.182.497	-136.118	-2,20 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.754.716	1.825.079	-70.362	-3,86 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.182.257	3.295.644	-113.387	-3,44 %
Handelspassiva	1.514.401	1.519.805	-5.404	-0,36 %
Rückstellungen	206.160	209.083	-2.923	-1,40 %
Ertragsteuerverpflichtungen	29.656	37.902	-8.246	-21,76 %
laufende Ertragsteuerverpflichtungen	5.907	5.973	-66	-1,11 %
latente Ertragsteuerverpflichtungen	23.749	31.929	-8.180	-25,62 %
Sonstige Passiva	904.597	909.215	-4.618	-0,51 %
Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	5.509	-5.509	-100,00 %
Nachrangkapital	493.930	493.146	784	0,16 %
Eigenkapital	656.733	647.443	9.290	1,43 %
Eigenanteil	528.256	519.090	9.166	1,77 %
Nicht beherrschende Anteile	128.477	128.352	124	0,10 %
Summe Passiva	14.788.830	15.125.323	-336.493	-2,22 %